

Deutschland sucht den Speicher – und schaltet ihn ab

Die Republik plant Milliarden für neue gesicherte Leistung. Gleichzeitig droht sie, einen Teil ihrer vorhandenen speicherbaren Bioenergie aus dem Markt zu drängen. Man muss auf diese Idee erst einmal kommen.

Die Energiewende hat viele technische Probleme. Eines davon ist erstaunlich menschlich: Wir erkennen vorhandene Lösungen manchmal erst dann, wenn wir sie abgeschafft haben.

Deutschland hat ein Talent, das international vermutlich unterschätzt wird: Wir können Probleme gleichzeitig erzeugen und Programme zu ihrer Lösung auflegen.

Wir fördern Solarstrom so erfolgreich, dass an sonnigen Tagen zeitweise mehr Strom im Netz ist, als gebraucht wird. Dann zahlen wir für Abregelung, diskutieren über Netzausbau und wundern uns über negative Preise. Für die windstillen Abendstunden wiederum planen wir neue Kraftwerke, Kapazitätsmechanismen und milliardenschwere Sicherheitsarchitekturen.

Und irgendwo zwischen diesen beiden Extremen steht eine Technologie, die genau das tun könnte, was wir angeblich suchen: Energie speichern, bei Überangebot stillstehen und bei Knappheit Strom liefern.

Biogas.

Das Problem ist nur: Wir behandeln es noch immer wie einen alten Traktor, den man höflich auf dem Hof stehen lässt, bis der TÜV abläuft.

Dabei geht es längst nicht mehr um Dauerbetrieb. Der interessante Teil der Technologie beginnt dort, wo der Motor eben nicht durchläuft. Ein modernes Biogas-Speicherkraftwerk produziert nicht blind 8.000 Stunden im Jahr. Es sammelt Gas und wartet. Es verhält sich damit ungefähr so, wie wir es uns von einem vernünftigen Kraftwerk wünschen würden: Es arbeitet, wenn Arbeit anfällt.

Die Ironie besteht darin, dass die Energiewende inzwischen genau diese Fähigkeit belohnt – nur offenbar nicht zuverlässig genug dort, wo sie bereits vorhanden ist.

Der 1. Mai 2026 liefert dafür eine hübsche kleine Parabel. Nach dem vorliegenden Positionspapier drückten rund 45 Gigawatt Photovoltaikleistung in den Markt, während zugleich etwa fünf Gigawatt unflexibler Biogas- und Wasserkraftleistung weiterliefen. Der Börsenpreis fiel zeitweise auf minus 50 Cent je Kilowattstunde.

Minuspreise sind die Art des Strommarktes zu sagen: Bitte aufhören.

Manche Anlagen antworten darauf: Leider nein.

Und dann beginnt die Politik, über das Marktversagen zu diskutieren.

Die bessere Antwort wäre: Macht die Anlagen flexibel.

Das Gas aus Biogasanlagen lässt sich speichern. Zusätzliche Motorleistung kann dafür sorgen, dass aus kontinuierlichen drei Megawatt beispielsweise zeitweise deutlich mehr abrufbare Leistung wird. Die Biomassemenge muss deshalb nicht im gleichen Umfang wachsen. Nicht mehr Brennstoff, sondern mehr Leistung im entscheidenden Moment – das ist der interessante Gedanke.

Man könnte sagen: Wir bauen keinen größeren Tank. Wir bauen einen stärkeren Motor und entscheiden endlich selbst, wann wir fahren.

Doch im EEG 2027 droht nach Darstellung des Positionspapiers genau diese Transformation an einem sehr deutschen Problem zu scheitern: an einer Zahl, die auf den ersten Blick groß und auf den zweiten viel zu klein aussieht.

4,5 Gigawatt Ausschreibungsvolumen für sechs Jahre.

Das klingt nach Ausbau. Es kann aber, folgt man der Gegenrechnung des Papiers, nicht einmal annähernd den Modernisierungsbedarf des Bestandes auffangen. Dort werden 3,2 Gigawatt pro Jahr genannt.

Das ist der Unterschied zwischen einer Überschrift und einer Rechnung.

Der Entwurf nennt außerdem einen Flexibilitätszuschlag von 100 Euro je Kilowatt. Gefordert werden 130 Euro. Die zweite Vergütungsperiode soll zwölf Jahre betragen, gefordert werden fünfzehn. Ein eigener Speicherkapazitätszuschlag fehlt. Flexible Einspeisevereinbarungen sollen aus Sicht der Autoren verbindlicher werden.

Das sind technische Details. Aber technische Details sind im Energierecht das, was Schrauben bei einer Brücke sind. Man kann sie langweilig finden. Man sollte nur nicht zu viele weglassen.

Besonders bemerkenswert ist die Parallelwelt der deutschen Kraftwerksdebatte. Auf der einen Seite steht die Sorge vor Dunkelflauten. Wir brauchen gesicherte Leistung, heißt es zu Recht. Auf der anderen Seite steht die Gefahr, dass tausende vorhandene Biogasanlagen ohne wirtschaftliche Perspektive aus dem Markt fallen.

Das Positionspapier spricht von rund 5.000 gefährdeten Anlagen.

Deutschland könnte also tatsächlich eine bestehende Reserve abbauen, um anschließend neue Reserve zu bauen.

Das wäre keine Energiewende. Das wäre energetischer Möbelschrank.

Natürlich gibt es Gegenargumente. Biogas kostet Geld. Biomasse ist nicht unbegrenzt verfügbar. Der Maisanbau ist umstritten. Anlagen sind regional sehr unterschiedlich. Nicht jede Biogasanlage ist automatisch ein systemdienliches Speicherkraftwerk.

Aber daraus folgt doch gerade nicht, dass man den Bestand abwickeln sollte.

Daraus folgt, dass man ihn umbauen sollte.

Auch die häufig genannte Alternative Biomethan löst das Problem nicht über Nacht. Das Positionspapier veranschlagt allein für rund 1.500 neue Gasnetzanschlüsse und die Aufbereitung zusammen etwa zehn Milliarden Euro. Ob diese Rechnung in jedem Detail stimmt, muss geprüft werden. Klar ist aber: Infrastruktur entsteht nicht durch einen Ministeriumsvermerk.

Und die Uhr läuft.

Viele Anlagen müssen in den kommenden Jahren entscheiden, ob sie modernisieren, weiterbetreiben oder aufgeben. Banken entscheiden nicht nach politischen Sympathiewerten, sondern nach Laufzeiten, Erlösen und Risiko. Wer Investitionen in flexible Motoren, Speicher und Wärmenetze will, muss Bedingungen schaffen, unter denen solche Investitionen finanzierbar sind.

Das ist vielleicht der unromantischste Satz der Energiewende: Auch die beste Technologie braucht einen Business Case.

Das Positionspapier rechnet mit erheblichen volkswirtschaftlichen Vorteilen und stellt rund 5,3 Milliarden Euro jährlichen Kosten etwa 7,8 Milliarden Euro Nutzen gegenüber. Man kann darüber streiten, welche Position wie zu bewerten ist. Nur sollte man dieselbe Strenge dann auch auf die Alternativen anwenden: neue Kraftwerke, neue Netze, Redispatch, Importabhängigkeit, Wärmeersatz und verlorene regionale Infrastruktur.

Denn Energiepolitik besteht nicht darin, die Kosten einer Lösung sichtbar zu machen und die Kosten der Alternative unsichtbar.

Die Abgeordneten des Bundestages haben beim EEG 2027 deshalb eine Aufgabe, die weniger heroisch ist als eine Energiewende, aber mindestens ebenso wichtig: Sie müssen rechnen.

Und vielleicht sollten sie sich vor der Abstimmung eine einfache Frage stellen:

Wenn wir in einer Dunkelflaute eines Tages nach jedem verfügbaren Megawatt suchen – wollen wir dann wirklich erklären, dass wir einige davon fünf Jahre zuvor aus Versehen abgeschafft haben?